



**DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT**  
Landesverband Hamburg

# Rundschreiben Newsletter

Hamburg den 25.06.2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute wende ich mich mit einer persönlichen Botschaft an Sie alle und bitte Sie zugleich, diesen Newsletter auch an Kolleginnen und Kollegen weiterzuleiten, die (noch) nicht in unserer Gewerkschaft sind.

Irgendwann kommt jede und jeder von uns an den Punkt, an dem das Verhältnis zum Dienstherrn neu bewertet werden muss. Das ist und bleibt eine höchstpersönliche Entscheidung, die niemand abnehmen kann — auch die Gewerkschaft nicht. Worum es mir heute geht, möchte ich Ihnen deshalb offen sagen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich mich im Lichte der jüngsten Urteile zur Politikerbeleidigung zurückhaltend äußere.

Der Senat hat sich bereits vor einigen Wochen bei der Vorlage eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes nur bruchstückhaft bewegt, statt den Mut aufzubringen, eine gemeinsame, gesamtstaatliche Lösung für alle offenen Rechtsansprüche zu suchen. Mich ärgert dabei weniger das Rechenwerk — über Zahlen kann man streiten. Mich ärgert vor allem der Umgang des Senats mit der Thematik und mit der Kritik daran.

Da war von Wünschen, Demut, Gleichberechtigung und Gegenfinanzierung die Rede. Nicht aber von Anerkennung und Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Kein Bedauern darüber, dass man sich bei der vergangenen Berechnung vertan hat und nun nachliefern muss. Kein Eingeständnis, dass die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht eingehalten wurden. Von Demut des Senats gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten zu sprechen, fällt da schwer — denn genau diese fehlte.

Stattdessen wurde im öffentlichen Diskurs beklagt, Beamtinnen und Beamte seien angeblich privilegiert. Klarer gesagt: Man haute auf die Beamten drauf. Das erinnert leider an das übliche Spiel von Konzernchefs, die ihren Beschäftigten nicht mehr zahlen wollen, weil das Geld angeblich anderswo besser angelegt sei.

**In dieser Ausgabe:**

**Haushaltsklausur des  
Senats zum Haushalt  
2027/2028**

**Links**

[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
*Internetseite der DSTG*

[www.dbb-hamburg.de](http://www.dbb-hamburg.de)  
*Internetseite des  
dbb Hamburg*

[www.dstg.de](http://www.dstg.de)  
*Internetseite der DSTG  
Bund*

**Kontakt**

[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
[buero@dstg-hamburg.de](mailto:buero@dstg-hamburg.de)

**verantwortlich i. S. d. P.  
Thomas Kuffer**

# Rundschreiben Newsletter



**Hamburg den 25.06.2026**

Nun folgte am Mittwoch der nächste Paukenschlag. Im stillen Kämmerlein überlegte man offenbar, welches Sonderopfer man noch abverlangen kann, ohne die Verfassung zu verletzen. Die Antwort: die Arbeitszeit. Also erhöhen wir die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde auf 41 Wochenstunden und streichen, um noch mehr Geld einzusparen, auch noch den AZV-Tag. Nach dem Motto: wenn schon, denn schon.

Wie begründet der Senat die Maßnahme, jeder muss seinen Beitrag leisten und mit der „großzügigen“ Tarifübernahme und der Alimentationsanpassung haben die Beamten doch etwas bekommen, da könnten Sie dieses Opfer doch wohl erbringen. Kurzum, wir sollen uns alle nicht so anstellen und für das Gemeinwohl weiterhin opferbereit sein. Wertschätzung und Anerkennung für den öffentlichen Dienst sieht anders aus, aber wir sind halt in schwierigen Zeiten. Aber wem verdanken wir den die große Bürokratie, die zahlreichen Aufgaben, das Personalfehlsoll? Sind wir vielleicht auch daran schul?

Natürlich kann man sagen, was schon 12 Minuten am Tag seien, das sei doch nicht so viel. Aber das greift zu kurz. Es verkennt die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die vielen Kolleginnen und Kollegen. Es geht um Belastungen im Arbeitsweg, um familiäre Abläufe, um notwendige Nebentätigkeiten und schlicht um die Frage, wie viel zusätzliche Last man den Beschäftigten noch aufbürden will. Vor allem aber geht es nicht nur um Minuten — es geht um den Umgang mit den Mitarbeitenden.

Und wie immer üblich kommt das Argument der Gegenfinanzierung, kopfschüttelnd muss man auch hier feststellen, dass die Politik nicht mutig genug ist. Die Konzepte liegen auf den Tisch, es fehlt nur eine ausreichend mutige Politik, gegen Steuerbetrug, für das schließen von Lücken. Leider sucht man diese wohl weiterhin vergebens.

Und damit komme ich zurück zu meinem Ausgangspunkt: Fürsorge und Wertschätzung durch den Dienstherrn scheinen Fehlanzeige zu sein. Wenn wir für unser verfassungsmäßiges Recht klagen müssen, wird das als Wunsch abgetan. Wenn Gerichtsurteile im Lichte der Haushaltslage „umgesetzt“ werden sollen, dann zeigt das vor allem eines: Die Beschäftigten werden mit ihren berechtigten Anliegen zu oft nicht ernst genommen.

## In dieser Ausgabe:

**Haushaltsklausur des  
Senats zum Haushalt  
2027/2028**

## Links

[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
*Internetseite der DSTG*

[www.dbb-hamburg.de](http://www.dbb-hamburg.de)  
*Internetseite des  
dbb Hamburg*

[www.dstg.de](http://www.dstg.de)  
*Internetseite der DSTG  
Bund*

## Kontakt

[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
[buero@dstg-hamburg.de](mailto:buero@dstg-hamburg.de)

**verantwortlich i. S. d. P.  
Thomas Kuffer**



**DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT**  
**Landesverband Hamburg**

# Rundschreiben Newsletter

**Hamburg den 25.06.2026**

## **In dieser Ausgabe:**

**Haushaltsklausur des  
Senats zum Haushalt  
2027/2028**

## **Links**

**[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
Internetseite der DSTG**

**[www.dbb-hamburg.de](http://www.dbb-hamburg.de)  
Internetseite des  
dbb Hamburg**

**[www.dstg.de](http://www.dstg.de)  
Internetseite der DSTG  
Bund**

## **Kontakt**

**[www.dstg-hamburg.de](http://www.dstg-hamburg.de)  
[buero@dstg-hamburg.de](mailto:buero@dstg-hamburg.de)**

**verantwortlich i. S. d. P.  
Thomas Kuffer**

Alle Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst setzen sich Tag für Tag für die Demokratie, für das Gemeinwesen und für ein funktionierendes Miteinander in dieser Stadt ein. Als Dank erhalten sie Missachtung und angebliche Gefälligkeiten. An diesem Punkt muss jede und jeder für sich selbst entscheiden, was es einem wert ist, sich an zusätzlichen Projekten zu beteiligen, die eine oder andere Überstunde zu machen, weil wieder einmal etwas „noch erledigt werden muss“, und die eigenen Prioritäten neu zu ordnen. Anlass genug gibt es dafür wahrlich.

Ich möchte aber auch klar stellen: Wir haben als Mitarbeitende im öffentlichen Dienst eine klare Aufgabe. Wir haben Gesetze und Vorschriften einzuhalten und umzusetzen – und das bleibt ohne Wenn und Aber bestehen. Aber das bedeutet im Gegenzug auch, dass man sich an die Regeln hält und gegebenenfalls anderes verschiebt. Auch das ist Prioritätensetzung.

Über das Persönliche hinaus arbeitet die DSTG an weiteren Maßnahmen und Mitteln zur Durchsetzung unserer Forderungen, auch außerhalb der beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren. Hierzu tauschen wir uns mit den anderen Fachgewerkschaften im dbb aus, um gemeinsame Aktionen durchzuführen. Nur wenn wir gemeinsam und zahlreich auftreten, werden wir gehört.

Wir werden uns für die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Denn ohne die Steuerverwaltung funktioniert kein Gemeinwesen. Der gesamte öffentliche Dienst ist eine wesentliche Stütze der Demokratie – und dafür werden wir uns auch weiterhin mit Nachdruck einsetzen.

Wenn Sie bereit sind, sich an Maßnahmen zu beteiligen, sprechen Sie bitte mit Ihrem Ortsverbandsvorstand; dort werden die Interessierten gesammelt. Und selbstverständlich sind wir weiterhin offen für weitere kreative Ideen, um unsere Meinung deutlich zu machen.

Viele Grüße

Thomas Kuffer